



## **Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 11. Februar 2020 – Auszug aus Drucksache 18/6479 –**

### **Frage Nummer 42**

**mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordnete  
**Ferdinand  
Mang,  
Katrin  
Ebner-Steiner**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund des sich ausbreitenden Coronavirus in China und der engen wirtschaftlichen Verzahnung zwischen dem Freistaat Bayern und China fragen wir die Staatsregierung, welche wirtschaftlichen Auswirkungen der Ausbruch des Coronavirus bisher hatte, ob die Staatsregierung Maßnahmen ergreifen musste, um den Handel zwischen China und Bayern zu stabilisieren bzw. garantieren und ob die Staatsregierung einen Rückgang des Handels mit China als Folge des Coronavirus erwartet?

### **Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie**

Der Coronavirus führt in China derzeit zu erheblichen Einschränkungen. Zug- und Flugverkehr sind stark betroffen und die Verlängerung der Neujahrsferien führt zu Produktionsausfällen. In vielen Provinzen wurde eine 14-tägige Sperre der Geschäftstätigkeit ausgerufen. Die finanziellen Folgen lassen sich kaum abschätzen, substantiell negative Auswirkungen auf das chinesische Wachstum sind aber zu erwarten.

Insgesamt haben über 200 bayerische Unternehmen eigene Niederlassungen in China. Diese Firmen sind direkt betroffen, wie auch weitere in internationale Wertschöpfungsketten eingebundene Firmen und Exporteure. Da China Bayerns wichtigster Handelspartner ist (Import und Export 2018 jeweils über 16 Mrd. Euro), sind auch Auswirkungen des geringeren chinesischen Wachstums auf die bayerische Industrie zu erwarten. Mit einem Anteil Chinas von rund 17 Prozent an der Weltwirtschaftsleistung sind auch indirekte Auswirkungen über eine rückläufige Weltkonjunktur zu erwarten. Konkrete Zahlen werden von Länge und Schwere der Epidemie abhängen.

Die Staatsregierung befindet sich im engen Austausch mit der Wirtschaft, auch über die Repräsentanzen des Freistaats in China, um bei Bedarf nach Kräften zu unterstützen. Spezielle Maßnahmen gegenüber betroffenen Unternehmen mussten bisher noch nicht ergriffen werden.

